

LE MONDE

diplomatique



Sirenen und Windeln, Schutzraum und Spielplatz. Ein Brief aus Jaffa von Agnes Fazekas über den Alltag mit Kindern im Krieg ► S. 3	Die Arbeiter wurden in den USA lange nur als Konsumenten betrachtet. Rick Fantasia über die Wiederentdeckung der Working Class ► S. 4–6	Krieg in Nahost Eingeschlossen in Nordgaza, Beirut im Bombenhagel und das Ende von Hassan Nasrallah – ein Dossier ► S. 8–13	Tod am Nil Lyse Mauvais, Nada Arafat und Alex Simon über die Zerstörung der Lebensgrundlagen im dichtbesiedelten Flussdelta ► S. 14/15	Eisiges Labor am Südpol. Philippe Descamps über die Antarktis als Ort der Forschung und Modell internationaler Kooperation ► S. 18/19
--	--	--	---	--

Maeve van Klaveren



In the Fading Light, 2024, Aquarellfarben, Pastellfarben, Pastellstifte und Zeichenkohle auf Papier, 125 x 175 cm (zur Künstlerin siehe Seite 2)

Netanjahus fataler Triumph

von Gilbert Achcar

In den vergangenen Monaten hat Israel die führenden Köpfe von Hamas und Hisbollah getötet. Dennoch ist die Regierung Netanjahu zur Fortsetzung der Kriege in Gaza und im Libanon entschlossen. Zudem droht nach wie vor eine Eskalation im Konflikt mit Iran, in den auch die USA hineingezogen werden könnten.

damals selbst die Armeeführung forderte, ebenso Verteidigungsminister Joaw Galant, sein größter Rivale innerhalb der Likud-Partei. Damit machte er jegliche Aussicht auf ein Abkommen mit der Hamas zunichte und empörte zugleich die Ägypter, denen damit die Kontrolle über den Grenzverkehr nach Gaza entzogen war.

Netanjahu handelte also ganz offen dem Wunsch des US-Präsidenten zuwider. Er hatte nicht die geringste Lust, Joe Biden das Geschenk eines Waffenstillstands und der Freilassung der Geiseln zu machen. Unter denen waren auch sieben US-Bürger:innen (sechs Männer und eine Frau), die man sicher zu einem Fototermin ins Weiße Haus eingeladen hätte.

Ein toxischer Freund für Washington

Indem Netanjahu dem US-Präsidenten, der damals noch seine Wiederwahl anstrebte, einen politischen Erfolg versagte, unterstützte er dessen republikanischen Kontrahenten Donald Trump. Auch als Biden am 21. Juli seine Kandidatur zugunsten seiner Vizepräsidentin Kamala Harris aufgab, änderte Netanjahu seine Haltung nicht. Er hat gute Gründe zu befürchten, dass Harris im Weißen Haus eine Nahostpolitik betreiben würde, die sich weniger an der Linie Bidens und mehr an der ihres Mentors Barack Obama orientiert.

Die Beziehung zwischen Netanjahu und Obama war – man erinnert sich – von Anfang an gespannt. Netanjahu war Ende März 2009, zwei Monate nach der Amtseinführung Obamas, erneut an die Macht gekommen. Mit Hilfe der Republikaner im Kongress

begann er sofort eine Art permanenten Guerillakrieg gegen den neuen US-Präsidenten. Mit genau dieser Taktik reagierte er nun auch auf Bidens immer offener Kritik an seiner Person und auf die offenkundige Bevorzugung, die sein Verteidigungsminister Galant beim US-Präsidenten und beim Pentagon genoss.

Galant führte, anders als Netanjahu, seit Beginn des Gazakriegs zweimal hochrangige Gespräche in Washington, zuletzt am 26. Juni 2024. Kurz darauf, am 24. Juli, durfte Netanjahu, vor allem auf Betreiben der Republikaner, eine Rede vor dem Kongress in Washington halten. Es war sein vierter Auftritt vor der US-Legislative, womit er den Rekord von Winston Churchill brach. Die drei Tage zuvor zur Präsidentschaftskandidatin der Demokraten gekürte Kamala Harris war bei Netanjahus Auftritt nicht anwesend, obwohl sie als Vizepräsidentin zugleich dem Senats vorsitzt. Ihre Abwesenheit wurde als ein Akt der Distanzierung vom israelischen Regierungschef angesehen.

Es ist also durchaus wahrscheinlich, dass die Kandidatur von Harris, die in den ersten Umfragen deutlich zulegen konnte, Netanjahus spätere Entscheidungen stark beeinflusst haben. Bis dahin dürfte seine Hoffnung, dass Trump die Wahl am 5. November gewinnt, deutlich größer gewesen sein. Von einem Präsidenten Trump konnte er erwarten, dass er ihm noch mehr freie Hand lassen würde als Biden. Bei einem möglichen Sieg von Harris musste er damit rechnen, das sie seinen politischen Manövrierraum einschränken würde.

► Fortsetzung auf Seite 8
Dossier Krieg in Nahost

Es heißt Femizid

Wie Frauenmorde verharmlost werden

von Laurène Daycard

Am 1. August 2003 starb die französische Schauspielerin Marie Trintignant infolge eines Schädel-Hirn-Traumas. Sie wurde von ihrem Lebensgefährten Bertrand Cantat erschlagen. Liest man heute die damaligen Schlagzeilen – „Fehltritt aus Leidenschaft“ (*Rock & Folk*) oder „Sie liebten sich bis zum Wahnsinn“ (*Paris Match*) –, wird deutlich, wie sehr sich die mediale Darstellung männlicher Gewalt gegen Frauen in den letzten 20 Jahren verändert hat.

Während die meisten Journalisten damals die notorische Gewalttätigkeit des Rockstars Cantat gar nicht erst erwähnten, wälzten sie Trintignants Liebesleben reißerisch aus – als sei sie selbst dafür verantwortlich gewesen, dass Cantat ein brutaler Schläger war.

Beim Gedenken an das Verbrechen im Sommer 2023, eine Generation später, gestanden einige Medien ihre Schuld ein: „Damals war von Verbrechen aus Leidenschaft und Eifersucht die Rede, als wollte man damit das Drama rechtfertigen“, hieß es etwa in den Nachrichten von France 2. Und die Tageszeitung *Ouest-France* bezeichnete das Verbrechen als „Femizid, der nicht so genannt wurde“.

Es hat lange gedauert, bis sich der Begriff Femizid in Frankreich durchgesetzt hat. Dabei existiert das Wort im Französischen schon seit Jahrhunderten. Eine erste schriftliche Erwähnung fanden die beiden Historiker Lydie Bodiou und Frédéric Chauvaud in der Paul Scarron zugeschriebenen Komödie „Les trois Dorothées, ou Jodellet souffleté“ (Die drei Dorothees oder Der geohrfeigte Jodellet), die 1646 in dem Pariser Theater l'Hôtel de Bour-

gogne uraufgeführt wurde.¹ Gleich in der ersten Szene sagt der Diener Jodellet zu Don Félix, die Absicht seine Frau umzubringen, sei ihm von den Augen abzulesen: „Là vos yeux travaillent a faire femicide.“ Laut Bodiou und Chauvaud ist davon auszugehen, dass das Publikum das Wort „femicide“ kannte.

Die heutige Bedeutung des Begriffs geht in Frankreich auf die Journalistin und Suffragette Hubertine Auclert (1848–1914) zurück. Sie bezeichnete sich selbst als „Feministin“ – und ihr ist es zu verdanken, dass das bis dahin ausschließlich verächtlich gebrauchte, negativ konnotierte Wort positiv umgedeutet wurde.

In einem Artikel in der Tageszeitung *Le Radical* vom November 1902 trat sie für das Recht auf Scheidung ein und schrieb über das damals gültige Familienrecht: „Wenn dieses femizide Gesetz abgeschafft ist, werden Mann und Frau in der Ehe gleiche und freie Partner sein. Mit der Scheidung durch den Willen nur eines Ehepartners müssen wir keine Angst mehr um die Frau haben.“

Danach verschwand das Wort in der Versenkung und tauchte erst 70 Jahre später in der nächsten Welle der Frauenbewegung wieder auf. Während die Suffragetten für das Frauenwahlrecht gekämpft hatten, stritten die Feministinnen der 1960er Jahre vor allem für sexuelle Selbstbestimmung und das Recht auf Abtreibung („mein Bauch gehört mir“). In den 1970er Jahren entstanden weltweit auch die ersten Frauenhäuser für die Opfer gewalttätiger Partner.

► Fortsetzung auf Seite 20

Israels Ministerpräsident ist ein politisches Stehaufmännchen. Das hat er in den vergangenen Monaten wieder einmal gezeigt, als er sich auf spektakuläre Weise aus einem Umfragetief herausarbeitete. Netanjahus unfassbares innenpolitisches Geschick erklärt auch, warum er sich so lange an der Macht halten konnte. Im rechten Spektrum der israelischen Wählerschaft war seine Popularität bereits im Frühjahr gestiegen, weil er sich dem – allerdings sehr dezent ausgeübten – Druck der US-Regierung widersetzte, die ihn zu einem Waffenstillstand und einem Gefangenenaustausch mit der Hamas bewegen wollte.

Trotz des Widerstands aus Washington gab Netanjahu der israelischen Armee (IDF) am 6. Mai 2024 den Befehl, eine Offensive auf die Stadt Rafah und den Süden des Gazastreifens bis zur Grenze zu Ägypten zu starten. Damit nahm er der Hamas-Führung den größten Anreiz für einen Waffenstillstand. In der Folge weigerte sich der Regierungschef, die IDF auch nur zeitweise aus Rafah abzuziehen, was



Die Welt rüstet auf

Es herrscht Krieg – in der Ukraine, im Sudan, in Gaza. Während die Medien täglich neue Nachrichten von Tod, Vertreibung und Zerstörung liefern, wirkt der internationale Waffenmarkt wie elektrifiziert. Doch nicht nur Staaten rüsten auf. Auch Geschichte und Sprache werden als Waffen instrumentalisiert.

Mit Beiträgen u.a. von Katharina Döbler, Anne Feigenbaum, Tom Stevenson und Alex de Waal sowie 13 Seiten Infografik von Adolf Buitenhuis



11 Euro, im Ausland zzgl. Versandkosten
broschiert, 112 Seiten

monde-diplomatique.de/edition36
shop@taz.de

Stichwahl in Moldau

Maia Sandu, die proeuropäische Präsidentin Moldaus, hat am 3. November mit 55 Prozent der Stimmen die Stichwahl gegen ihren russlandfreundlichen Kontrahenten Alexandr Stoianoglu gewonnen. Tatsächlich hat der russische Angriff auf die Ukraine im Februar 2022 „die Konkurrenz zwischen Russland und dem Westen um den Einfluss in Moldau verschärft“, schrieb Glen Johnson in der *LMd*-Juniausgabe 2023 in „Moldaus Angst vor dem Zerfall“. Die Angst, selbst zum Angriffsziel zu werden, ist seither nicht verschwunden. In ihrem „Brief aus Chişinău“ schreibt die Moldauerin Paula Erizanu im Oktober 2022 über diese Angst und schildert eindrucksvoll die Lage vor dem Krieg und bei Kriegsausbruch.

Antisemitismusresolution

Im Bundestag haben sich die Ampelfraktionen und die Union auf einen Entwurf für eine Resolution gegen Antisemitismus geeinigt. In dem Papier findet sich auch ein Bekenntnis zur umstrittenen

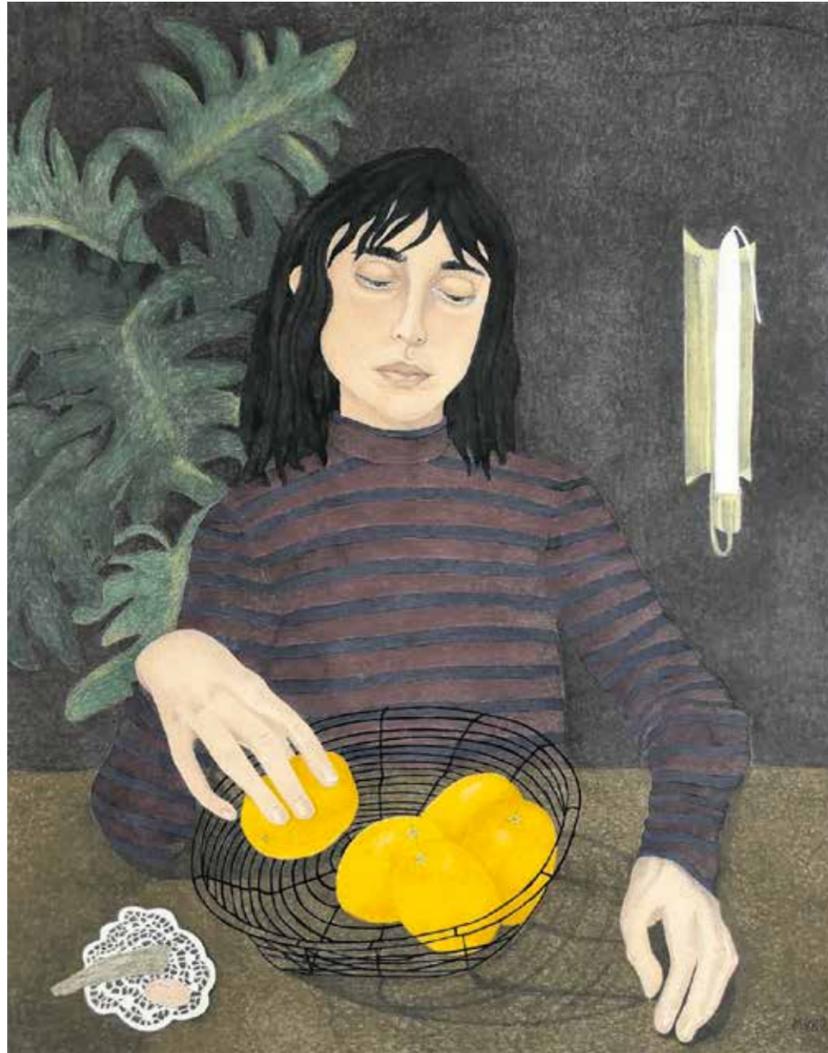
gestern in **LMd**
heute in den **Nachrichten**

Antisemitismusdefinition der International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA), auf die bereits die Anti-BDS-Resolution des Bundestags von 2019 Bezug nahm. Die BDS-Bewegung, die sich für einen umfassenden Boykott des Staats Israel und seiner Institutionen einsetzt, wird von der israelischen Regierung seit langem massiv bekämpft. In seinem Text „Boykott gegen Israel“ in der *LMd*-Dezemberausgabe 2018 zeichnete Nathan Thrall die Entwicklung von BDS nach und analysierte, wie der Antisemitismus-Vorwurf zu einem der wichtigsten Instrumente Israels im Vorgehen gegen seine Kritiker wurde.

Weltnaturschutzkonferenz

Am 2. November wurde die Weltnaturschutzkonferenz im kolumbianischen Cali ergebnislos abgebrochen. Die Teilnehmer konnten sich nicht auf ein Programm zur Finanzierung des Artenschutzes einigen. Der reiche Globale Norden ist nicht bereit, 20 Milliarden US-Dollar pro Jahr an den Globalen Süden zu zahlen. Der Umwelt- und klimapolitische Nord-Süd-Konflikt hat eine lange Vorgeschichte. Seit dem ersten Weltumweltgipfel 1972 ist der Norden bestrebt, die globalen Umweltprobleme auf marktradikale Weise zu lösen und finanzielle Verpflichtungen abzuwehren. Das hat Aurélien Bernier im Juni 2022 in „Fünfzig Jahre Umweltschutz für den Globalen Norden“ aufgezeigt. Derselbe Autor erinnerte im Dezember 2011 an ein Dokument, das die Wachstumsdoktrin bereits 1974 infrage stellte: die Erklärung von Cocoyoc, die das Prinzip „Der Süden zuerst“ verankern wollte.

Diese und alle anderen Beiträge seit 1995 im *LMd*-Archiv unter:
monde-diplomatique.de



As the Day Grows Dim, 2024, Aquarellfarben, Pastellfarben, Pastellstifte und Zeichenkohle auf Papier, 89,5 × 71,8 cm

Maeve van Klaveren

Die Zeichnungen der niederländischen Künstlerin Maeve van Klaveren basieren auf ihren alltäglichen Gedanken und Beobachtungen, die sie zunächst schriftlich festhält. Sie beginnen meist als Bleistiftzeichnungen, auf deren Grundlage die Erzählung der Bilder sich dann durch den Zeichenprozess und die Farbgestaltung entfaltet.

Die Künstlerin setzt zwar gefundenes Bildmaterial und eigene Fotografien ein, aber grundsätzlich entstehen die Bilder in ihrem Kopf, wie sie selber sagt. Die Stimmungen, die transportiert werden, sind ihr nicht weniger wichtig als die eigentlichen Sujets.

Es sind eher lakonische, etwas rätselhafte Bilder, die sich durch eine zarte Melancholie auszeichnen; mir scheinen sie auch von der Neuen Sachlichkeit beeinflusst. Die Figuren sind alle weiblich. Männer kommen in den Bilderwelten von Maeve van Klaveren nicht vor. Maeve van Klaveren, 1977 geboren, lebt und arbeitet in Utrecht. Vom 22. November bis zum 18. Dezember zeigt die Berliner Galerie Kristin Hjellegjerde eine Einzelausstellung mit neuesten Arbeiten der Künstlerin. Wir danken der Künstlerin und der Galerie Kristin Hjellegjerde für das Bildmaterial.

www.maevevanklaveren.nl, www.kristinhjellegjerde.com

Wilhelm Werthern

edito

Rückkehr der Austerität

Der Begriff ist mittlerweile dermaßen diskreditiert, dass ihn kaum noch jemand in den Mund zu nehmen wagt. Als die EU im Juni gegen sieben Länder Defizitverfahren eröffnete und unter Androhung von Sanktionen zur Haushaltssanierung aufforderte, verwahrte sich der Wirtschaftskommissar Paolo Gentiloni gegen die Behauptung, es handele sich um Austeritätspolitik. Brüssel müsse nun mal – nach der pandemiebedingten Lockerung – strenger auftreten, aber man dürfe Zurückhaltung bei den Ausgaben, zu der Staaten mit hohem Defizit und hoher Verschuldung verpflichtet seien, nicht mit Austerität verwechseln.

Mitte Oktober sprach die französische Regierung, um ihre Etatkürzungen um 40 Milliarden Euro zu verkaufen, von einem „Haushalt der Verantwortung“ und „der Wahrheit“.

Die italienische Regierung, die 13 Milliarden Euro einsparen will, begibt sich auf einen „Anpassungspfad“.

So also sieht die Rückkehr zur Austeritätspolitik aus: nicht mehr als Schocktherapie, sondern allmählich, unauffällig, ja verschämt. Seit den Rosskuren, die dem europäischen Süden nach der Finanzkrise von 2008 verordnet wurden, ist das alte Rezept in Verruf geraten. Die Folgen waren in Griechenland zu besichtigen: rasanter Anstieg der Arbeitslosigkeit, der Selbstmordrate, der Kindersterblichkeit und so weiter. Die EU verlangte Geduld. 15 Jahre später herrscht immer noch Austerität im Land. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) liegt um 30 Prozent, der durchschnittliche Jahreslohn um 25 Prozent unter dem Vorkrisenniveau. Und die Staatsverschuldung beträgt immer noch 159 Prozent des BIPs.

In Deutschland hat die Schuldenbremse einen Investitionsstau bewirkt. Mit der Folge, dass Brücken einstürzen und die Deutsche Bahn ständig verspätet ist. Dabei weiß man seit der Sparpolitik der Brüning-Regierung vor 1933, wie gefährlich sie ist und wie erfolglos: „Sie sucht in den Taschen derer, die das Problem nicht geschaffen haben, nach einer Lösung, die nicht funktioniert“ (Marc Blyth).

In einer Welt, in der ein neuer Weltkrieg möglich scheint und die globale Erwärmung unser aller Zukunft bedroht, ist es keine tolle Idee, den Gürtel im Namen zweifelhafter Erfolge enger zu schnallen. Wer glaubt heute noch an das Märchen von der „alternativen“ Politik? Nach dem Debakel von 2008 kaufte die EZB massiv Staatsanleihen auf, in Großbritannien und Island, selbst in Deutsch-

land wurden Banken verstaatlicht, in Zypern ein *Haircut* für Bankeinlagen über 100.000 Euro verfügt. Mit der Coronapandemie setzte die EU ihre Haushaltsregeln aus, Frankreich und Deutschland zahlten Kurzarbeitergeld an Millionen Beschäftigte, in den USA wurden viele Privathaushalte mit 1200-Dollar-Schecks bedacht.

In Krisen gehen Regeln und Dogmen, die als unumstößlich galten, schlicht zu Bruch. Der Ukrainekrieg hat gezeigt, dass man Energiepreise deckeln kann. In Frankreich dient er dazu, um 40 Prozent erhöhte Rüstungsausgaben zu rechtfertigen: eine Art „Kriegswirtschaft“, finanziert durch einen Wirtschaftskrieg, der gegen Arbeitslose, Rentnerinnen, öffentliche Angestellte und auf Kosten öffentlicher Dienstleistungen geführt wird.

Benoît Bréville

In dieser Ausgabe | 11/24

Die nächste Ausgabe erscheint am 12. Dezember

4 Mythos und Wirklichkeit der Working Class

Die Verbindung zwischen Demokraten, arbeitender Bevölkerung und Gewerkschaften war lange gekappt. Erst Präsident Biden hat sie neu geknüpft
von Rick Fantasia

4 Streikwelle von Miami bis Seattle

von Rick Fantasia

7 Ein geopolitischer Kampfbegriff

Was steckt hinter dem Sprechen von der regelbasierten internationalen Ordnung?
von Anne-Cécile Robert

Dossier Krieg in Nahost

8 Netanjahus fataler Triumph

Fortsetzung von Seite 1
von Gilbert Achcar

10 Vertreiben und besetzen

Israels Vorgehen in Nordgaza
von Thomas Vescovi

11 Beirut im Bombenhagel

von Emmanuel Haddad

12 Wer war Hassan Nasrallah

von Adam Shatz

14 Tod am Nil

Eine schleichende Umweltkatastrophe zerstört die Lebensgrundlagen im dichtbesiedelten Flussdelta
von Lyse Mauvais, Nada Arafat und Alex Simon

17 McKinseys doppeltes Spiel

Das fragwürdige Geschäftsmodell der US-Consultingfirmen
von Louis Callonnec

18 Eisiges Labor

Die Antarktis als Ort der Forschung und Modell internationaler Zusammenarbeit
von Philippe Descamps

18 Reise ins Südpolarmeer

von Clémence Guetté

20 Es heißt Femizid

Fortsetzung von Seite 1
von Laurène Daycard

23 Taxi Teheran

Das iranische Kino wird weltweit gefeiert. Doch für die Filmschaffenden ist jede Produktion eine Gratwanderung
von Adrien Cluzet

24 Die Kisten

Comic
von Léa Murawiec

Berichtigung: In der Oktoberausgabe wurde in dem Text von Thomas Frank „Jubeln und rätseln“ versehentlich das Jahr 2000 als Beginn der zweiten Amtszeit von Bill Clinton angegeben. Richtig ist, dass Clinton 1996 wiedergewählt wurde; 2000 gewann George W. Bush die Präsidentschaftswahl gegen Clintons ehemaligen Vize Al Gore.

Mit vielen tollen Extras, jetzt abonnieren:
monde-diplomatique.de/newsletter



Ein geopolitischer Kampfbegriff

Was steckt hinter dem Sprechen von der regelbasierten internationalen Ordnung?

von Anne-Cécile Robert

Die diplomatische Vertreter der USA greifen immer häufiger auf einen neu eingeführten Begriff zurück: Sie sprechen von „rules-based order“, also einer „regelbasierten Ordnung“, die es angesichts der Gefahren für den Weltfrieden unbedingt zu verteidigen gelte.

Im Westen wird der Begriff im Chor – wie durch einen Pawlow'schen Reflex ausgelöst – allerorten nachgesungen. Im Oktober 2021 erklärten die Regierungen in Washington und Paris ihr Engagement für „die weitere Kooperation zwischen den USA und der EU, um die multilaterale regelbasierte Ordnung zu stärken“.¹ Die EU selbst verabschiedete im März 2022 ihren Strategischen Kompass, der auf die „Aufrechterhaltung der internationalen regelbasierten Ordnung“ ausgerichtet ist. Die EU erklärt darin auch ihre Absicht, nicht nur mit strategischen Partnern zusammenzuarbeiten, sondern auch „maßgeschneiderte bilaterale Partnerschaften mit gleichgesinnten Ländern“ zu entwickeln.

Auf den ersten Blick gibt es gegen diese Formeln nichts einzuwenden: Wer will schon gegen eine regelbasierte Ordnung sein, wer würde Unordnung und Chaos besser finden als Frieden und Stabilität auf rechtlich abgesicherter Basis? Der Begriff kann allerdings auch eine Kluft innerhalb der internationalen Gemeinschaft aufreißen – jedenfalls dann, wenn er den Begriff „Völkerrecht“ ersetzt, auf den sich zu berufen jahrzehntlang internationaler Konsens war.

Das Konzept der regelbasierten Ordnung wurde von Staaten geprägt, die sämtlich zur westlichen Welt gehören. Der Begriff bescheinigt implizit diesen Staaten, dass sie auf der richtigen Seite stehen: auf der Basis der positiven Werte von Recht und Ordnung.

Im Gegensatz zum Begriff des Völkerrechts ist der Inhalt dieses neuen Konzepts jedoch uneindeutig. „Die Auffassungen von regelbasierter Ordnung, wie sie die USA, Australien, Deutschland oder Indien vertreten, unterscheiden sich erheblich voneinander“, befindet der Schweizer Politologe Boas Lieberherr. Zwar gehen sie übereinstimmend davon aus, dass eine internationale regelbasierte Ordnung die Staaten verpflichtet, sich an ein gemeinsam vereinbartes Regelwerk zu halten, interpretieren aber unterschiedlich, „was die Regeln genau beinhalten“.² So gehört etwa für Deutschland und Frankreich wie auch für die gesamte EU die Charta der Vereinten Nationen dazu, für andere Staaten wie Australien aber nicht unbedingt.

Zu dieser Ordnung gehören nach Ansicht ihrer Verfechter sämtliche Regeln, einschließlich der informellen, die das Ensemble der internationalen Rechtsordnung bilden. Damit wären auch Problemfelder abgedeckt, die in völkerrechtliche Abkommen oder Normen noch nicht ausreichend berücksichtigt sind: Bereiche wie Digitalisierung, künstliche Intelligenz, Umweltschutz und Pandemien.

Probleme wie diese anzugehen, ist heute dringlicher als noch vor zehn Jahren, weil es immer mehr Akteure gibt, etwa transnationale Unternehmen, die mächtiger sind als manche Länder und pharmazeutische Labore bis hin zu weltumspannenden sozialen Netzwerken und privaten Sicherheitsfirmen betreiben.

Die mangelnde Regulierung in diesen Bereichen bedeutet eine Gefahr für die Staaten (wie auch für ihre gemeinsamen Institutionen) und somit für deren Bevölkerung. Die regelbasierte

Ordnung ist als rechtlicher Rahmen für diese sich laufend verändernden Bereiche gedacht. Und doch bleiben ihre Konturen unscharf: Es hat noch keine internationale Konferenz stattgefunden, um ein Dokument auszuarbeiten, das ihre Leitlinien und Grundprinzipien umfassend formulieren würde.

Noch problematischer ist, in geopolitischer Hinsicht, dass das Konzept einer internationalen regelbasierten Ordnung die Bedeutung entwertet, die bisher für die – zumindest theoretisch – allgemein akzeptierte Berufung auf Abkommen, Resolutionen internationaler Organisationen und auf die Rechtsprechung der internationalen Gerichtshöfe galt.

Dagegen beruft sich das Konzept der regelbasierten Ordnung auf alle möglichen Dokumente von unterschiedlicher rechtlicher Qualität. Dabei sei dessen Verhältnis zum Völkerrecht noch gar nicht erforscht, schreibt

wie Joe Biden haben es fertiggebracht, lange Reden über die internationale regelbasierte Ordnung zu halten, ohne die UN-Charta, auf der die internationale Ordnung ja basiert, oder den Begriff Völkerrecht auch nur zu erwähnen.

Präsident Biden stellte in einem langen Gastbeitrag in der *New York Times* vom 2. Juni 2022 die Strategie vor, mit der er der Ukraine zum Sieg verhelfen wollte. Dabei wertete er den russischen Überfall auf die Ukraine als Angriff auf die *rules-based order* – statt ihn klar und eindeutig als Verstoß gegen die UN-Charta zu verurteilen. Auch nach dem Nato-Gipfel von 2022 in Madrid redete Biden vor der Presse ausführlich darüber, ohne das Wort „Völkerrecht“ in den Mund zu nehmen.

All dies bringt den Völkerrechtler Dugard zu der Überzeugung, dass der Begriff „regelbasierte Ordnung“ eine bewusste geopolitische Entscheidung

liche Normen, Standards und Prozeduren ein, die in irgendwelchen Verhandlungsrunden und Abkommen festgelegt wurden. Deshalb könne sie „theoretisch Regeln und Normen beinhalten, denen bestimmte Staaten nicht unbedingt zugestimmt haben“.

Hier wird erneut das Konfliktpotenzial offenbar. Ein Beispiel: Für die US-Regierung ist der Begriff „regelbasierte Ordnung“ wie selbstverständlich mit den Werten verknüpft, die während des Kalten Kriegs die sogenannte freie Welt definierten, also Marktwirtschaft, Demokratie und Menschenrechte.³ In dieser Rhetorik kommt den westlichen Werten ein so entscheidender Stellenwert zu, dass Staaten, die diese Werte nicht teilen, automatisch negativ darauf reagieren.

Das ist ein zentrales Problem mit einer derartigen Konstruktion: Sie führt zwangsläufig zu einer Spaltung auf einer Ebene, auf der das Völkerrecht einen gemeinsamen Raum schafft, indem es Prozeduren und Orientierungen etabliert, die für alle, ungeachtet ihres jeweiligen Wertesystems, gelten sollen.

Auf dieser Ebene gilt es also, Werte und Prinzipien streng auseinanderzuhalten. Die jeweiligen Wertesysteme sind durch unterschiedlichen Kulturen beeinflusst; Prinzipien dagegen werden zwischen Staaten vereinbart, um ihre Beziehungen untereinander zu regeln.

Deshalb sollte sich, so die französische Politikwissenschaftlerin Tara Varma, der internationale Dialog mehr auf Prinzipien und weniger auf Werte konzentrieren, damit ein ehrlicher und ernsthafter Dialog im Geist der UN-Charta zustande kommt.

Mit ihrer permanenten Berufung auf eine regelbasierte Ordnung sind die USA in der Lage, den Diskussionsrahmen und die Spielregeln ganz nach ihren jeweiligen Bedürfnissen vorzugeben. Das hat für sie offensichtlich mehrere Vorteile. Erstens lässt sich damit begründen, warum die US-Regierung in den 1990er Jahren die verbindlichen Normen für Gewaltanwendung in zwei Fällen verletzt hat. Sowohl die Intervention im Kosovo als auch die im Irak erfolgten nicht im Einklang mit der UN-Charta und wurden teils mit Lügen begründet, etwa über die Massenvernichtungswaffen des Irak. Doch beide waren aus Sicht Washingtons unter Berufung auf die *rules-based order* legitim.

Das verweist auf einen weiteren Vorteil des Konzepts: Es hilft, die Welt vergessen zu machen, dass Washington, was das Völkerrecht betrifft, keineswegs als Musterschüler dasteht. Zum Beispiel haben die USA nur vier der 19 internationalen Abkommen unterzeichnet, die sich auf den Schutz der Menschenrechte beziehen. Dagegen haben die meisten EU-Mitgliedstaaten mindestens 16 dieser Abkommen ratifiziert.⁴

Die USA sind nicht einmal dem UN-Seerechtsübereinkommen von 1982 beigetreten, auf das sie sich aber im Streit mit Peking um die Spielregeln im Chinesischen Meer berufen. Und obwohl Washington ständig die Menschenrechte beschwören, sind sie weder dem Internationalen Strafgerichtshof (IStGH) beigetreten – was sie mit China und Russland gemeinsam haben – noch haben sie die Zusatzprotokolle ratifiziert, die in Ergänzung der Genfer Konventionen von 1977 Regeln für die Kriegsführung (*ius in bello*) festlegen.

Es sei wohl praktischer, konstatiert John Dugard, „zweifelhafte Interpretationen des Völkerrechts zu stützen, indem man sich auf eine vage regel-

basierte Ordnung beruft, als sich auf die völkerrechtlichen Bestimmungen selbst zu beziehen“. Dugard verweist auf einen weiteren Vorteil, der im Hinblick auf den Gazakrieg eine neue Bedeutung erhält: Man kann einen Verbündeten in Schutz nehmen, der gegen das internationale Recht verstößt.⁵

China und Russland haben auf die Propagierung des Konzepts schnell reagiert. In einer gemeinsamen Erklärung vom 4. Februar 2022 gelobten sie, „die von den Vereinten Nationen geförderte internationale Architektur und die auf dem Völkerrecht basierende Weltordnung zu schützen“. Aus Sicht Pekings ist die regelbasierte Ordnung, die nur von wenigen Staaten getragen werde, eine Erfindung des Westens und seiner Verbündeten.

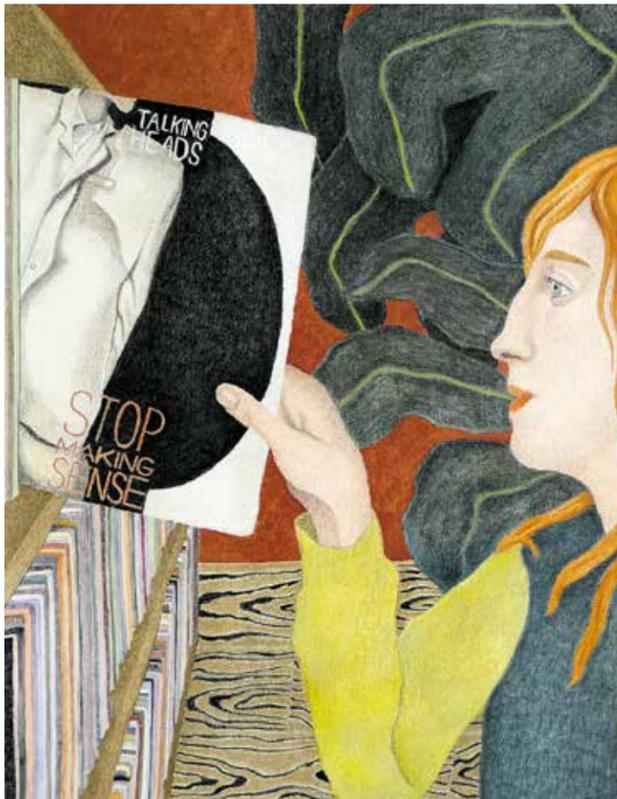
Die Berufung Chinas auf die UN-Charta ist allerdings ziemlich unverfroren. Denn Peking interpretiert diese Charta entschieden konservativ, indem sie vor allem zwei ihrer Kernprinzipien betont: das Primat der staatlichen Souveränität und den Grundsatz der Nichteinmischung. Eine solche Sichtweise, die sich um Menschenrechte nicht weiter kümmert, findet logischerweise Anklang lediglich in solchen Ländern, die sich über Machtmissbrauch durch den Westen empören.

Die regelbasierte Ordnung kann man auch als eine Reaktion auf den schwindenden Einfluss des Westens sehen. Mit einem neuen Konzept will man wieder mehr Kontrolle über politischen Entwicklungen gewinnen: Dinge zu benennen ist eine Methode, sie zu kontrollieren.

Deshalb wird die Semantik so häufig zum Feld von heißen Debatten und Konkurrenz um Deutungshoheit. Die Russen zum Beispiel sprechen nie von einer „Annexion“ der Halbinsel Krim, sondern von deren „Anschluss“. Das neutralere Wort soll den Eindruck vermitteln, es gehe um einen freiwilligen Zusammenschluss.

Der Begriff regelbasierte Ordnung wiederum soll den USA helfen, ihre Rolle als globale Kontrollmacht abzusichern, die sie seit Jahrzehnten innehaben. Wie groß diese Macht noch ist, wird sich auch daran zeigen, wie groß und begeistert die Gefolgschaft ist, die den Begriff übernimmt. In dieser Hinsicht ist es also durchaus bezeichnend, dass dies bislang überwiegend westliche Länder sind.

„Die Fragmentierung der Welt ist weit über den Kampf der Großmächte hinaus gelangt“, diagnostiziert der französische Politikwissenschaftler Jean-Vincent Holeindre⁶ und spricht von einer „Kollision der Narrative“. Die aktuellen Polemiken, bei denen es um die Grundprinzipien des Multilateralismus geht, könnten die UNO an den Rand ihres Zusammenhalts bringen.



Maeve van Klaveren, *Feel It*, 2024, Aquarellfarben, Pastellfarben, Pastellstifte und Zeichenkohle auf Papier, 65 × 50 cm

der Völkerrechtler John Dugard von der Universität Cambridge. Bislang habe man sich damit begnügt, „die rechtsverbindlichen Normen der Abkommen irgendwie mit den Werten, die ihnen zugrunde liegen, in Verbindung zu bringen“. Und niemand gehe der Frage nach, „ob regelbasierte Ordnung und Völkerrecht kompatibel sind und was von beiden Vorrang hat“.⁴

Die Kluft zwischen beiden scheint man in europäischen Diplomaten- und Regierungskreisen nicht wahrzunehmen. Häufig wird die Frage nach potenziellen Widersprüchen nicht einmal begriffen. Vonseiten der Regierungen bekommt man als Antwort lediglich den Verweis auf Erklärungen und offizielle Beschlüsse der EU oder ihrer Mitgliedstaaten und auf die UN-Charta.

Aber immerhin das. Anders in den USA und in Australien: Barack Obama

impliziert, wie die USA die Beziehungen zu ihren Partnern – und auch zu ihren Gegnern oder Konkurrenten – zu gestalten beabsichtigen.

Diese Strategie ist durchaus verständlich angesichts des Tempos, mit dem sich die Welt verändert. Doch beim Versuch, auf diese Entwicklung zu reagieren, wird die regelbasierte Ordnung zu einem gefährlichen Konzept, insoweit es die internationalen Spielregeln infrage stellt und den ohnehin zerbrechlichen Konsens zerstört, der 1945 die Kodifizierung dieser Spielregeln ermöglicht hat.

Hinzu kommt, dass der Begriff ausgesprochen elastisch und formbar ist. Er beruht nur teilweise auf schriftlichen Dokumenten, wie Lieberherr betont: Diese Ordnung scheint zwar auf dem Fundament des Völkerrechts zu stehen, bezieht aber auch unverbind-

¹ „United States-France Joint Statement“, 29. Oktober 2021.

² Rat der Europäischen Union, „Ein Strategischer Kompass für mehr Sicherheit und Verteidigung der EU im nächsten Jahrzehnt“, 21. März 2022.

³ Boas Lieberherr, „Die ‚regelbasierte Ordnung‘. Divergierende Auffassungen“, in: *CSS Analysen zur Sicherheitspolitik*, Bd. 317, ETH Zürich.

⁴ John Dugard, „The choice before us: International law or a rules-based international order?“, in: *Leiden Journal of International Law*, Bd. 36, Nr. 2, Cambridge, 21. Februar 2023.

⁵ Siehe Gifford John Ikenberry, „The end of liberal international order?“, in: *International Affairs*, Bd. 94, Nr. 1, Januar 2018.

⁶ Siehe die interaktive Karte der ratifizierten Verträge auf der Website des UN-Generalsekretärs.

⁷ Dugard, siehe Anmerkung 4.

⁸ Jean-Vincent Holeindre, „2022: le choc des récits“, *Annuaire français de relations internationales 2023*, Paris (Éditions Panthéon-Assas).

McKinseys doppeltes Spiel

Das fragwürdige Geschäftsmodell der US-Consultingfirmen

von Louis Callonnec

Das Thema des heutigen Tages sei „von historischer Tragweite“. Mit diesen Worten eröffnete der demokratische US-Senator Richard Blumenthal am 6. Februar 2024 eine Anhörung vor dem Senatsausschuss für innere Sicherheit und Regierungsangelegenheiten. Vorgeladen waren die Chefs der großen US-Beratungsunternehmen McKinsey, Boston Consulting Group (BCG), Teneo und M. Klein & Company. Sie wurden von den Ausschussmitgliedern über die Arbeit ihrer Unternehmen für die saudische Regierung befragt.

Hintergrund für die Untersuchung durch den Senatsausschuss waren Presseberichte von Juni 2023, die die Pläne des saudischen Staatsfonds (PIF) für massive Investitionen in den US-amerikanischen Profisport schilderten, vor allem durch den Kauf von Vereinen und Sponsoring von Athleten.¹ Dabei ließ sich Riad von den genannten Firmen beraten. Um sich über die Absichten der saudischen Regierung zu informieren, forderte der Senat von den vier Consultingfirmen zunächst einmal nur die Vorlage einer detaillierten Aufstellung ihrer Aktivitäten für den PIF, der ein Vermögen von mehr als 900 Milliarden US-Dollar verwaltet.

Der Fall nahm eine politische Wendung, als die saudische Justiz den Mitarbeiter:innen der Beratungsunternehmen mit Gefängnis drohte, sollten diese die geforderten Unterlagen an den US-Kongress weiterleiten. Deren Veröffentlichung stelle „eine Verletzung der Sicherheitsinteressen des Landes“ dar, so die saudischen Richter.

Daraufhin nahm der Senat seine „Untersuchung über ausländische Einflussnahme“ auf. Der Ausschussvorsitzende Blumenthal wollte herausfinden, wie es sein kann, dass „von amerikanischen Unternehmen durchgeführte Beratungsaufträge, etwa in Bezug auf Investitionen in das amerikanische Golfgeschäft, unter nationale Sicherheitsbelange Saudi-Arabiens fallen“.

Seit dem Ölboom der 1970er Jahre unterstützen Beratungsunternehmen aus den USA die saudische Regierung bei wirtschaftspolitischen Entscheidungen. Dies ging so weit, dass das Planungsministerium in Riad den Spitznamen „McKinsey-Ministerium“ erhielt. 2015 verfasste McKinsey einen Bericht mit dem Titel „Saudi Arabia Beyond Oil“ (Saudi-Arabien nach dem Öl), der voraussagte, dass die Abhängigkeit des Landes vom Öl zu „steigender Arbeitslosigkeit, einem sinkenden Haushaltseinkommen und einer sich verschlechternden Haushaltslage“ führen könnte, was eine Gefahr für die Stabilität des Königreichs darstelle.

Die Boston Consulting Group wiederum war maßgeblich an der Ausarbeitung des Plans „Vision 2030“ zur Diversifizierung der saudischen Wirtschaft beteiligt, der die Abhängigkeit vom Erdöl überwinden sollte. Darüber hinaus beraten US-Consultingfirmen Riad bei der Konzeption von internationalen Imagekampagnen: McKinsey war an der Gründung des Saudi Center for International Strategic Partnerships (SCISP) beteiligt, die darauf zielt, die Beziehungen zwischen Saudi-Arabien und zahlreichen anderen Ländern „zu harmonisieren“. Die BCG begleitete auch die Bewerbung des Landes um die Ausrichtung der Fußball-WM 2030.

Bereits 2018 begannen die US-Behörden das Engagement der Consultingfirmen mit größerem Misstrauen zu betrachten, nachdem der saudische Journalist Jamal Khashoggi, der unter anderem für die *Washington Post* ge-

arbeitet hatte, in den Räumlichkeiten des saudischen Konsulats in Istanbul ermordet worden war. Damals wurde deutlich, dass die Öffnungsversprechen des Königreichs nicht mit einem stärkeren politischen Pluralismus einhergehen würden.

Zudem nahmen mehrere investigative Recherchen von Journalisten die Partnerschaft zwischen den Riesen der Beratungsbranche und dem saudischen Regime unter die Lupe. Die Journalisten Walt Bogdanich und Michael Forsythe etwa deckten auf, wie die Monarchie auf die Expertise von McKinsey zurückgegriffen hatte, um das Risiko eines Volksaufstands im Zuge des Arabischen Frühlings zu minimieren.²

Schon 2015 hatte McKinsey den Behörden in Riad einen Bericht vorgelegt, in dem es um die mögliche Reaktion der Öffentlichkeit auf Sparmaßnahmen der Regierung ging. Die Berater:innen identifizierten darin saudische Staatsangehörige, die in sozialen Netzwerken besonders aktiv waren und als mögliche Initiatoren einer Debatte über die geplanten Reformen genannt wurden.

Einer von ihnen, der Journalist Khaled al-Alkhami, wurde nach der Übergabe des Berichts verhaftet. Genauso erging es zwei Brüdern des im Exil lebenden Aktivisten Omar Abdulaziz, der ebenfalls in dem Bericht erwähnt wurde. Abdulaziz, der mit Khashoggi in Kontakt stand, gab an, sein Telefon sei gehackt worden.

Obwohl sich keine direkte Verbindung zwischen dem McKinsey-Bericht und dem Mord an Khashoggi herstellen lässt, hielt die Firma dennoch eine öffentliche Verteidigung für angebracht: Man sei „entsetzt über die auch nur entfernteste Möglichkeit, dass [ihre] Arbeit in irgendeiner Weise missbraucht worden sein könnte“.³

Auch vor diesem Hintergrund nahm der US-Senat seine aktuellen Untersuchung auf. Der Vorstandsvorsitzende von M. Klein & Company, Michael S. Klein, versuchte sich gegenüber den Senator:innen zu verteidigen, indem er sich auf die juristische Komplexität des Falles berief: Man sei „gefangen zwischen zwei Rechtsordnungen zweier souveräner Staaten“, in einer solch schwierigen Lage hätte er sich „als Investmentbanker noch nie befunden“.

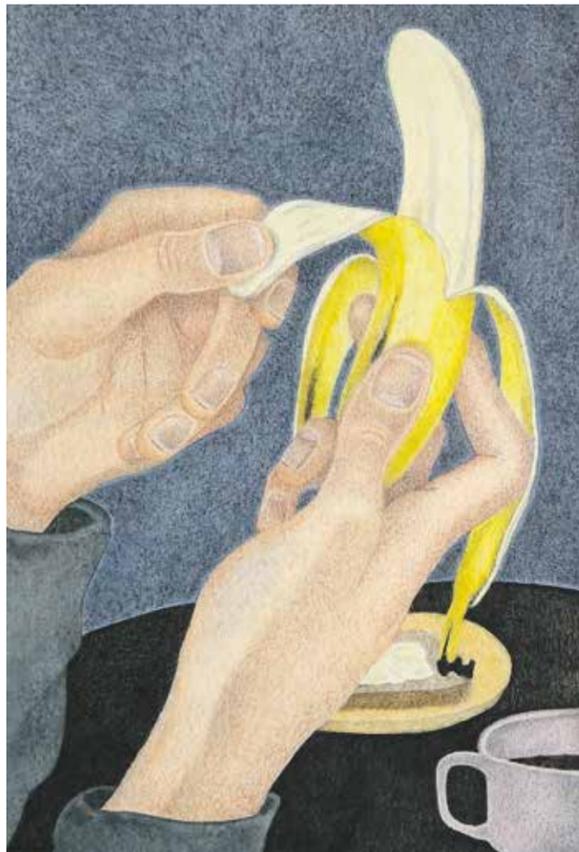
Klienten in Riad und im Pentagon

Dieses Argument wischte Senator Blumenthal beiseite: Indem die Beratungsfirmen mit der saudischen Regierung Verträge schlossen, die Vertraulichkeitsklauseln enthielten, hätten sie sich bewusst dem amerikanischen Recht entzogen.

Kurz darauf wurde der Ton sehr viel rauer. „Das ist erbärmlich! Was vermehlich sie uns?“, erregte sich ein Senator angesichts des Verweises auf den Druck durch die saudische Justiz. Ein anderer brachte gar Washingtons Erzrivalen China ins Spiel: „Sie haben sich für die saudische Seite entschieden, nicht für die amerikanische. Was, wenn es China wäre? Wäre Ihre Position dann die gleiche?“

Die Manager gerieten sichtlich in Verlegenheit. Sein Unternehmen sei „zwischen zwei Souveränen gefangen“, erklärte auch BCG-Chef Rich Lesser. Blumenthal bezeichnete die saudischen Investitionen in den US-Sport als „Sportwashing“ und betonte ihren politischen Charakter.

Die Untersuchung des Senats droht den Fortbestand des Geschäftsmodells der Beratungsgiganten, das



Maeve van Klaveren, *Banana Peel*, 2023, Aquarellfarben, Pastellfarben, Pastellstifte und Zeichenkohle auf Papier, 19,5 x 28,5 cm

bereits vorher stark in der Kritik stand. Denn diese Firmen haben ein Vermögen damit verdient, ein doppeltes Spiel zu spielen, nämlich sowohl den öffentlichen als auch den privaten Sektor zu beraten. So wurde McKinsey in 49 US-Bundesstaaten wegen seines Beitrags zur Opioidkrise verklagt: Die Berater hätten, so der Vorwurf, die Pharmaindustrie zu aggressivem Marketing von Schmerzmitteln ermutigt, deren Gefährlichkeit längst bekannt war – und gleichzeitig den Gesundheitsbehörden geraten, die Abgabe dieser Produkte weniger streng zu regulieren.

Auf internationaler Ebene beraten dieselben Firmen sowohl das US-Verteidigungsministerium als auch Regierungen rivalisierender Staaten. Der republikanische Senator Josh Hawley aus Missouri – einem der am stärksten von der Opioidkrise betroffenen Bundesstaaten – konfrontierte bei der Anhörung im Februar die Berater direkt mit diesem Interessenkonflikt.

„Wir arbeiten mit der amerikanischen Regierung, hinter der wir stehen ...“, verteidigte sich McKinsey-Chef Bob Sternfels, worauf Hawley ihn unterbrach: „Ich bin sicher, dass Sie das tun, es ist ja schließlich unglaublich lukrativ. Sie verdienen einen Haufen Geld mit unseren Feinden und anschließend mit uns. Das ist wirklich skandalös. Warum sollten Sie weiter Aufträge von der US-Regierung erhalten?“

In seinem Schlusswort nahm der Ausschussvorsitzende explizit das Geschäftsmodell der Consultingfirmen ins Visier und forderte eine Verschärfung der Gesetze. Zu diesem Zweck bereitet das US-Justizministerium nun eine Reform des Registrierungsgesetz für Auslandsvertreter (Foreign Agent Registration Act, FARA) vor. Sollte die Reform tatsächlich verabschiedet werden, könnten US-Beratungsunternehmen, die für ausländische Regierungen

arbeiten, dazu gezwungen sein, sich als „ausländische Agenten“ zu deklarieren.

Aus der Senatsanhörung vom Februar lassen sich drei Schlussfolgerungen ziehen. Die offensichtlichste betrifft die Feststellung, dass die Beziehungen der USA zu Saudi-Arabien – das lange eine tragende Säule der US-Strategie im Nahen Osten war – nicht mehr das sind, was sie einmal waren.

Die Affäre um den Einkauf des saudischen PIF in den US-Profisport ist ein Hinweis darauf, dass die lange Zeit übereinstimmenden Interessen beider Länder stärker in Konflikt geraten. Die Beziehungen zwischen den beiden Staaten hatten sich schon 2020 infolge von Khashoggis Ermordung und des Kriegs, den die Saudis im Jemen führen, deutlich abgekühlt. Der damalige Präsidentschaftskandidat Joe Biden hatte sogar angekündigt, das Königreich zu einem „Paria“ zu machen.

Die Energiekrise infolge des russischen Einmarschs in die Ukraine zwang den US-Präsidenten allerdings dazu, seine Haltung abzumildern. Bei einem Besuch in Riad im Juni 2022 versuchte Biden, sich mit Mohammed bin Salman (MBS), dem saudischen Kronprinzen und De-facto-Herrscher des Königreichs, zu versöhnen. Nur zwei Monate später verpasste ihm MBS allerdings einen herben Schlag, als er sich mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin auf eine Obergrenze für die Ölproduktion einigte. 2023 unterzeichnete er auf Vermittlung Chinas ein Abkommen mit Iran – ein weiterer Affront gegenüber Washington.⁴

Die zweite Schlussfolgerung betrifft die Beziehung zwischen der US-amerikanischen Regierung und den großen Beratungsfirmen, die Washington lange als Instrumente zur Einflussnahme betrachtete. Dass Regierungen in der arabischen Welt auf ausländische Berater zurückgreifen, ist nichts Neues.

„Die Wurzeln externer Politikgestaltung in der Region reichen bis zur Kolonialzeit zurück“, schreiben Dawud Ansari und Isabelle Werenfels von der Stiftung Wissenschaft und Politik in Berlin.⁵

Die Rolle, die amerikanische Consultingfirmen für die arabischen Regierungen spielen, erinnert an die Rolle der europäischen Berater, die im 19. Jahrhundert mit der „Modernisierung“ der osmanischen und ägyptischen Verwaltungen beauftragt worden waren, und später an den Einfluss der französischen und britischen Entwicklungshelfer auf die Regierungen ihrer ehemaligen Kolonien. Historisch gesehen ist der Einsatz ausländischer Berater also ein Instrument westlicher Dominanz. Doch nun muss der US-Kongress feststellen, dass dieses Instrument auch gegen die Interessen der USA eingesetzt werden kann.

Drittens gibt der vor dem Senatsausschuss diskutierte Fall einen Einblick in die außergewöhnliche Symbiose zwischen dem saudischen Autoritarismus und dem Geschäftsmodell der Beratungsgiganten. Die enge Beziehung zwischen der saudischen Staatsmacht und den privaten Strategen hat dazu geführt, dass dieselben Firmen, die man bisher als trojanische Pferde der US-amerikanischen Wirtschaftsinteressen betrachtete, mittlerweile zu mindestens von manchen Senator:innen als Brückenkopf ausländischer Interessen in den USA angesehen werden.

Die Ergebnisse der Untersuchung sind zudem ein Anreiz, den westlichen Blick auf Saudi-Arabien zu hinterfragen. Lange war man geneigt anzunehmen, dass das Land insgeheim von amerikanischen Beratern regiert werde, weil es an lokaler Expertise fehle – eine Annahme, die die Bezeichnung „McKinsey-Ministerium“ unterstrich. Doch wie Bogdanich und Forsythe erklären, dienen die Beratungsfirmen „in erster Linie dazu, die Absichten ihrer Kunden zu legitimieren“, indem sie längst getroffene Entscheidungen mit einem Anstrich von Expertenwissen versehen.

Tatsächlich brauchte Saudi-Arabien nicht die Analysen von McKinsey und Boston Consulting, um sich seiner Abhängigkeit vom Erdöl bewusst zu werden. Hocharrangige saudische Ölmänner hatten schließlich schon in den Nullerjahren davor gewarnt.⁶ Die Zuarbeit der Beratungsfirmen dürfte daher vor allem dem Zweck gedient haben, unpopuläre Reformen zu legitimieren.

Sollte es den saudischen Machthabern am Ende sogar gelungen sein, die US-Beratungsfirmen gegen die Interessen Washington einzusetzen? In jedem Fall hat die Episode vor dem Senatsausschuss gezeigt, dass Saudi-Arabien weit davon entfernt ist, lediglich den Anweisungen US-Berater zu folgen.

¹ Siehe Karim Zidan, „How Saudi Arabia buys influence in US Sports“, *Play The Game*, 27. Juni 2024.

² Walt Bogdanich und Michael Forsythe, „When McKinsey Comes to Town: The Hidden Influence of the World's Most Powerful Consulting Firm“, New York (Doubleday) 2022.

³ Katie Benner u. a., „Saudis' image makers: A troll army and a twitter insider“, *The New York Times*, 20. Oktober 2018.

⁴ Siehe Akram Belkaid und Martine Bulard, „Friedensstifter China?“, *LMd*, April 2023.

⁵ Dawud Ansari und Isabelle Werenfels, „Akteure im Schatten: Westliche Consultancies in der arabischen Welt“, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin, 30. August 2023.

⁶ Siehe Philippe Petriat, „Aux pays de l'or noir. Une histoire arabe du pétrole“, Paris (Folio) 2021.

Aus dem Französischen von Nicola Liebert

Es heißt Femizid

► Fortsetzung von Seite 1

Zum Meilenstein in der Wahrnehmung von Femiziden aber wurde das erste Internationale Tribunal über Verbrechen an Frauen (International Tribunal on Crimes against Women), das vom 4. bis 8. März 1976 in Brüssel stattfand, mit etwa 2000 Teilnehmerinnen aus insgesamt 40 Ländern. Männer waren nicht zugelassen.

Die Veranstaltung war jedoch nicht als eine juristische Institution gedacht, erklärt die junge Historikerin Milène Le Goff, die für die Université des Femmes in Brüssel im März 2023 eine Ausstellung über das Tribunal kuratiert hat. Am ehesten könne man es mit dem Russell-Tribunal von 1966 vergleichen, das ebenfalls eine Initiative ohne staatlichen Auftrag, aber von herausragender gesellschaftlicher Bedeutung war: Unter der Leitung der Philosophen Bertrand Russell und Jean-Paul Sartre untersuchten Wissenschaftler, Juristinnen und Schriftsteller aus 18 Ländern systematisch die Kriegsverbrechen, die seit 1954 im Vietnamkrieg von den USA begangen worden waren.

Auf dem Brüsseler Tribunal zehn Jahre später ging es um Sexualverbrechen, die zweifache Unterdrückung weiblicher Migrantinnen und weitere Themen, die die feministische Agenda

der folgenden Jahrzehnte prägen sollten. Simone de Beauvoir feierte das Tribunal als ersten Schritt zu einer „radikalen Entkolonialisierung der Frauen“ und sandte eine ermutigende Grußbotschaft nach Brüssel: „Sprecht miteinander, sprecht mit der Welt, richtet das Licht auf die schändlichen Wahrheiten, die die Hälfte der Menschheit zu verbergen sucht.“

Das taten die Frauen, und was sie einander in jenen Tagen in Brüssel erzählten, zeigte vor allem eines: „Das Kontinuum sexueller Gewalt.“² Die Diskussion über den Femizid am letzten Tag der Konferenz wurde zum Höhepunkt der Veranstaltung³, als die Initiatorin des Tribunals, die Soziologin Diana Russell (1938–2020), einen Vortrag über den juristischen Umgang mit Morden in der Ehe hielt.

1992 gab Russell gemeinsam mit der britischen Aktivistin Jill Radford den wissenschaftlichen Sammelband „Femicide: The Politics of Woman Killing“⁴ heraus. Es war die erste theoretische Auseinandersetzung mit dem Begriff Femizid, den Russell in ihrem Vorwort wie folgt definiert: „Es ist der Mord an einer Frau, weil sie eine Frau ist.“

In dem Beitrag „Sexist Terrorism against Women“, den Russell zusam-

men mit der Historikerin Jane Caputi für den Sammelband verfasst hat, erstellen die beiden eine Liste des misogynen Terrors, an dessen „extremem Ende“ der Femizid steht: verbaler und körperlicher Missbrauch, Vergewaltigung, Folter, sexuelle Sklaverei, inzestuöser oder außerfamiliärer sexueller Missbrauch von Kindern, körperliche und seelische Grausamkeit, sexuelle Belästigung (am Telefon, auf der Straße, im Büro, im Klassenzimmer), Genitalverstümmelung (von der Entfernung der Klitoris und inneren Schamlippen bis zur Infibulation, das heißt, dem fast kompletten Verschließen des Scheidenvorhofs), unnötige gynäkologische Operationen, erzwungene Heterosexualität, Zwangssterilisation, erzwungene Mutterschaft (durch die Kriminalisierung von Verhütung und Abtreibung), Psychochirurgie, Aushungern, kosmetische Operationen und andere Eingriffe im Namen der Verschönerung: „Wann immer diese Formen des Terrors zum Tode führen, werden sie zum Femizid.“

Damit haben Russell und Radford eine Femizid-Definition vorgelegt, die über die Gewalt in der Ehe hinaus alle Formen misogynen Gewalt benennt, die aus gesellschaftlich bedingten und nicht natürlichen Ursachen zum vorzeitigen Tod von Frauen führen.

Vor allem in Mittelamerika stieß der Sammelband von Radford und Russell auf große Resonanz. Anfang der 1990er Jahre wurde Ciudad Juárez, die mexikanische Grenzstadt zu Texas, Schauplatz massenhafter tödlicher Übergriffe gegen Frauen. Die meisten Opfer hatten für Billiglöhne in den sogenannten *maquiladoras* gearbeitet, jenen Montagebetrieben im Grenzgebiet, die für den US-Markt produzieren. Über die Morde kursierten immer neue Gerüchte. Es handele sich um Organhandel. Um Kartelle. Um Satanisten.

„Viele Frauen wurden zum letzten Mal lebend gesehen, als sie an einer Bushaltestelle standen und ein Auto durch die Umgebung kurvte. Die Anordnung ihrer Schuhe und Körper provozierte alle möglichen Fantasien, in denen sie fetischisiert und zu Wesen gemacht wurden, die nach Belieben missbraucht werden können“, schrieb der legendäre mexikanische Schriftsteller-Reporter Sergio González Rodríguez (1950–2017) in seiner *Crónica „Huesos en el desierto“* (Knochen in der Wüste), die 2002 bei Anagrama in Barcelona erschien.

Seit 1993 führen Vereine wie *Nuestras hijas de regreso a casa* (Unsere Töchter zurück nach Hause) ein Register der Toten. „Damals sprach man in Mexiko nicht von Femiziden“, erinnert sich Julia Estela Monárrez Fragoso, Soziologin am Colegio de la Frontera Norte in ihrer Geburtsstadt Juárez. 1998 gründete sie an ihrer Universität eine Forschungsgruppe zu den Mordstatistiken. „Seit 1993 wurden 2526 Fälle in der Datenbank registriert“, berichtete sie im August 2023.

Anhand ihrer Analysen erstellte sie eine Typologie. Sie unterscheidet zwischen dem „intimen Femizid“ (innerfamiliäre Morde und Gattenmorde) und dem „systemischen sexuellen Femizid“, der in diesem Fall vorlag: „Viele Opfer waren unter 17 Jahre alt, hatten dunkle Haut, lebten in Slums. Ihre Körper wiesen Spuren von Folter und sexueller Verstümmelung auf.“ Eine solche mörderische Tat dient nicht nur dazu, einem anderen Menschen das Leben zu nehmen, es geht darum, ihn zu schänden, zu erniedrigen. Die Kriminalistik spricht von „Übertötungen“.

In einem ihrer Artikel schreibt Monárrez Fragoso: „Nicht allein der biologische Körper der Frau wird ermordet, sondern auch das, wofür ihr Körper als kulturelle Konstruktion steht.“⁷ Und sie verweist auf die „Femizide in stigmatisierten Berufen“, wozu sie die Morde an Kellnerinnen, Sexarbeiterinnen oder Masseusen zählt: „Sie werden zur Norm des ‚Weiblichen‘, es sind ‚schlechte‘ Frauen, die verrufene Räume besetzen“, erklärt die Soziologin die Sichtweise der Täter.

Auch in Costa Rica entstand damals eine Datenbank zu Femiziden. Sie wurde von den beiden Universitätsprofessorinnen Montserrat Sagot und Ana Carcedo entwickelt. Die Anregung dazu kam aber nicht aus Mexiko – die beiden kannten die Arbeiten von Monárrez Fragoso da noch gar nicht. Tatsächlich hatte sie der Band von Radford und Russell auf die Idee gebracht. Damals habe es nichts Vergleichbares in Costa Rica gegeben, erinnert sich Sagot.⁶ Die Pionierarbeit forderte ihre Kreativität heraus.

Sie untersuchten die Morde, die zwischen 1990 und 1999 begangen worden waren, und überlegten sich Unterkategorien, bestimmte „Szenarien“, um intime und nicht intime Femizide zu unterscheiden, aber auch Fälle, bei denen die Opfer starben, „weil sie in die Schussli-

nie kamen, also versuchten, eine andere zu verteidigen – die Tochter, die Schwester, die Freundin, die Nachbarin.

Die costa-ricanischen Wissenschaftlerinnen haben den aus dem Englischen stammenden Begriff Femizid (*femicide*) beibehalten, ansonsten hat sich in der spanischsprachigen Welt Feminizid (*feminicidio*) durchgesetzt, der in den 1990er Jahren durch die mexikanische Wissenschaftlerin und Politikerin Marcela Lagarde y de los Ríos populär wurde. In UN-Publikationen werden beide Begriffe gleichberechtigt verwendet, Femizid und Feminizid.

Auch bei Lagarde war der Anstoß der Band „Femicide: the politics of woman killing“, auf den die Ethnologin bei einer Feldforschung in Ciudad Juárez stieß: „Dieses Buch hat mir sehr geholfen, weil ich dadurch begriffen habe, dass es sich um geschlechtsspezifische Verbrechen handelt, die an die Machtstrukturen anschließen, in denen Frauen Männern unterworfen sind“, erklärt sie. Die ursprüngliche Definition erweiterte sie um einen zusätzlichen Aspekt: die Straflosigkeit, mit der die Täter rechnen können. Damit wies sie auf die Verantwortung des Staats hin, der sich durch Nichtstun mitschuldig mache.

Im November 2012 organisierte das UN-Büro in Wien das erste internationale Symposium zur Bekämpfung von Femiziden, zu dem auch Diana Russell eingeladen wurde.⁷ In Wien wurde ein Aktionsplan beschlossen; zudem wurden elf verschiedene Formen von Femizid kategorisiert, vom Intim-Femizid, über den nicht intimen Femizid und den insbesondere in Indien verbreiteten Mitgiftmord bis hin zum Femizid „im Namen der Ehre“: Das heißt, eine Frau wird beschuldigt, durch Ehebruch, unehelichen Sex oder gar Schwangerschaft gegen traditionelle Moralgesetze verstoßen zu haben – was im Übrigen auch der Fall sein kann, wenn sie vergewaltigt wurde.

Laut der Weltgesundheitsbehörde (WHO) werden weltweit mehr als 35 Prozent aller ermordeten Frauen von ihrem Partner getötet. Bei den Männern sind es 5 Prozent, die durch Partner:innen sterben.

In Frankreich tauchte der Begriff Femizid um 2010 wieder auf. Er wurde zunächst aber nicht auf Verbrechen im eigenen Land angewandt, sondern lediglich auf „Fälle im Ausland, vor allem in Lateinamerika, aber auch in Asien“, erklärt die Informatik- und Kommunikationswissenschaftlerin Giuseppina Sapio, die als Mediatorin in Fällen häuslicher Gewalt arbeitet.

Im Juli 2011 erregte der Mord an den beiden französischen Studentinnen Cassandre Bouvier und Houria Moumni in Argentinien die Gemüter. Sie waren auf einer Wanderung, als sie entführt, vergewaltigt und ermordet wurden. Cassandres Vater, Jean-Michel Bouvier, stellte sich an die Spitze einer Medienkampagne zur Anerkennung des Femizids. Am 5. Oktober 2011 veröffentlichte die Tageszeitung *Le Monde* einen Text von Bouvier, in dem er schrieb: „Die Aufnahme des Verbrechens des Femizids in das Strafbuch meines Landes ist fortan der Gral meiner alten Tage.“

2014 folgte die Kampagne „Reconnaissons le féminicide“ des Vereins Osez le féminisme (Feminismus wagen, OLF) für die Aufnahme des Begriffs ins Strafbuch. Die Initiative traf zwar nur auf ein geringes Echo, doch das Thema war nun gesetzt. Ein Jahr später wurde das Wort „Fémicide“ in das große französische Wörterbuch „Robert“ aufgenommen. Danach tauch-



Maeve van Klaveren, *Nowhere We Need to Be*, 2024, Aquarellfarben, Pastellfarben, Pastellstifte und Zeichenkohle auf Papier, 105 × 79,8 cm



Maeve van Klaveren, Reading, 2024, Aquarellfarben, Pastellfarben, Pastellstifte und Zeichenkohle auf Papier, 65 x 50 cm

te es immer öfter in den Schlagzeilen auf: „2017 haben wir rund einhundert Artikel gefunden, 2022 waren es mehr als 3200“, erzählt Sapio, die für diese quantitative Medienrecherche mit dem Frauenkollektiv #NousToutes („Wir alle“) zusammengearbeitet hat.

Zur Verbreitung des Begriffs trugen maßgeblich die sozialen Netze bei. In den 2010er Jahren rückten mehrere Hashtags den Kampf gegen sexistische und sexualisierte Gewalt in den Vordergrund der politischen Debatten. #Me-Too, der bekannteste Hashtag, kam aus den USA. Aus der lateinamerikanischen feministischen Bewegung verbreitete sich #NiUnaMenos (Nicht eine weniger) über Spanien auch in Europa. Dieser Aufruf stammt aus einem Vers von Susana Chávez, einer mexikanischen Dichterin und feministischen Aktivistin, die 2011 in Ciudad Juárez von Mitgliedern einer Bande ermordet wurde. Sie war ein sogenanntes Zufallsoffer; die Täter wussten nichts von ihrem Engagement.

In Chile machte das Kollektiv Las Tesis im November 2019 mit einer Performance auf die Straflosigkeit von Vergewaltigern und gewalttätigen Polizisten aufmerksam. Ihre Texte sind vor allem von den Schriften der brasilianisch-argentinischen Anthropologin Rita Laura Segato inspiriert.¹⁰ In einem Video, das viral ging, stehen die Frauen mit verbundenen Augen auf einem Platz, bewegen sich rhythmisch stampfend und skandieren ihre Anklage patriarchaler Gewalt mit dem Refrain „El violador eres tu“ (Der Vergewaltiger bist du) mit ausgestrecktem Arm und Zeigefinger.⁸

Diese Protestperformance wurde bald von jungen Frauen überall auf der Welt aufgeführt, in Lateinamerika und Spanien, aber auch in Paris, London und Berlin. Anonyme Aktivistinnen

führen seit 2016 eine Femizid-Statistik für Frankreich auf Facebook.

Der Begriff hat sich im öffentlichen Sprachgebrauch längst etabliert; doch in offiziellen Texten wird er nur dann in Statistiken und im Strafrecht benutzt, wenn es um Gewalt in der Ehe/Partnerschaft geht. Seit 2006 veröffentlicht die französische Regierung Ministerialberichte über Todesfälle durch Partnerschaftsgewalt, demnach wurden seither mindestens 2346 Frauen in Beziehungskontexten getötet.

Die Asymmetrie zwischen den Geschlechtern in dieser Verbrechenkategorie ist gewaltig: Fast 85 Prozent der Opfer sind Frauen, 85 Prozent der Täter sind Männer.

Protestperformance gegen Vergewaltiger

Auf Anregung der Politikerin Marlène Schiappa (Renaissance) organisierte die französische Regierung Konsultationen zum Thema eheliche Gewalt, die am 25. November 2019 abgeschlossen wurden. In der Folge wurden diverse Präventionsmaßnahmen gegen Femizide in der Ehe in den Blick genommen. So erhielten Kommissariate und Polizeidienststellen eine detaillierte Anleitung, um die Gefahr tödlicher Gewalt einschätzen zu können. Der automatische Entzug von Feuerwaffen erfolgt – zumindest theoretisch⁹ – in jedem Fall, sobald die erste Anzeige erfolgt ist.

Fiona Lazaar, damals Abgeordnete der Macron-Partei im Parlament, gab einen Bericht in Auftrag, der die Möglichkeit untersuchen sollte, einen speziellen Straftatbestand zu etablieren. Sie gelangte dann aber zu dem Schluss, dass es sinnvoller sei, die institutionelle Verwendung des Begriffs Femizid zu

fördern. Es war das zweite Mal, dass sich die Nationalversammlung mit dieser Frage befasst hat.

Eine erste Studie, die weniger Aufsehen erregte, hatte 2016 die sozialistische Abgeordnete Catherine Couelle, damals Vorsitzende der Delegation für Frauenrechte und Chancengleichheit, initiiert. Ihre Schlussfolgerung war dieselbe: Es sei besser, den Begriff Femizid nicht ins Strafbuch aufzunehmen, weil der französische Gesetzgeber das Prinzip der erschwerenden Umstände vorziehe.

Seit der Überarbeitung des Strafbuchrechts 1994 droht Ehepartnern oder Lebensgefährten, die ihren Partner oder ihre Partnerin töten, lebenslange Haft. 2006 wurde die Anwendung auf Ex-Partner erweitert. Erschwerende Umstände im Zusammenhang mit dem Geschlecht des Opfers wurden mit dem Gesetz vom 27. Januar 2017 für alle Verbrechen und Straftaten eingeführt, bei denen das Opfer wegen seines Geschlechts, seiner sexuellen Orientierung oder seiner tatsächlichen oder vermuteten Geschlechtsidentität angegriffen wird. Das kann auch nicht intime Femizide einschließen.

In den letzten Jahren förderte das Justizministerium weitere Präventionsmaßnahmen. Der Gesetzgeber will den Prozess der Trennung erleichtern oder sicherer machen: mit einem Gefahren-telefon, das sofort einen Polizeieinsatz auslöst, und einem Anti-Annäherungs-Armband.

Im Juli 2010 wurde ein Gesetz verabschiedet, wodurch ein gewalttätiger Partner leichter aus der gemeinsamen Wohnung verwiesen werden kann. Zusätzlich wurde die sogenannte Schutzverfügung (*ordonnance de protection*) eingeführt, die es Richtern erlaubt, mit sofortiger Wirkung Annäherungs-

und Kontaktverbote zu verhängen. Diese Maßnahmen können bereits im frühen Stadium eines Verfahrens und ohne vorherige Verurteilung des Täters angeordnet werden.

Obwohl derartige Maßnahmen 2021 zehnmal so häufig verhängt wurden wie noch 2010, hinkt Frankreich im europäischen Vergleich mit knapp 6000 Anordnungen hinterher; in Spanien wurde dieser besondere Schutz im gleichen Zeitraum in 40 000 Fällen angeordnet und in Großbritannien in 25 000.¹⁰

Das hat in vielen Fällen damit zu tun, dass in Frankreich die dafür zuständigen Familiengerichte immer noch stark auf das traditionelle Familienmodell setzen. Die Soziologin Solenne Jouanneau hat die Hintergründe untersucht und festgestellt, dass die Familienrichter fast 40 Prozent dieser ohnehin seltenen Anträge abgelehnt haben – mit der Begründung, dass es ihnen widerstrebe, die Elternrechte gewalttätiger Väter sofort zu beschränken und damit das Modell der gemeinsamen Elternschaft infrage zu stellen.

Über die „gewaltsamen Tode innerhalb der Beziehung“ hinaus lassen sich die Umstände anderer Morde an Frauen, vor allem jene „außerhalb des familiären Kontextes“ (121 Fälle 2022, also 44 Prozent der Morde an Frauen) anhand von Statistiken und Polizeianfragen nicht näher bestimmen.¹²

Um diesen Mangel auszugleichen, organisiert die „InterOrga des Féminicides“ seit Januar 2023 eine allgemeine Zählung auf der Grundlage von Presseberichten und Informationen durch Basisorganisationen wie Parapluie Rouge (Roter Regenschirm), die sich für die Rechte von Sexarbeiterinnen und Sexarbeitern einsetzt, Acceptess-T für Transpersonen und Les Dévalideuses für Menschen mit Behinderung.

Man sucht auch nach „erzwungenen Selbstmorden“ (der Begriff ist juristisch anerkannt, da ein versuchter Femizid in der juristischen Einschätzung oft auf „Körperverletzung“ reduziert wird). Für das Jahr 2023 wurden 134 Fälle verzeichnet. Doch die Dunkelziffer ist weit höher – was Giuseppina Sapio, die sich eine Zeit lang mit dieser neuen Zählung beschäftigt hat, nur bestätigen kann: „Die meisten Fälle bleiben ungeklärt.“

¹ Siehe Lydie Bodiou und Frédéric Chauvaud, „Féminicide: à l'origine d'un mot pour mieux prévenir les drames“, in: *The Conversation*, 2. Juni 2021.

² Unter dieser Überschrift publizierte die britische Soziologin Liz Kelly 1987 ihre Forschungsergebnisse, siehe Liz Kelly, „The Continuum of Sexual Violence“, in: *Women, Violence and Social Control*, London (Palgrave Macmillan) 1987, S. 46–60.

³ Christelle Taraud, „Féminicides. Une histoire mondiale“, Paris (La Découverte) 2022.

⁴ Jill Radford und Diana Russell (Hg.), „Femicide: The politics of woman killing“, New York (Twayne Publisher) 1992.

⁵ Siehe „Feminicidio sexual sistémico: impunidad histórica constante en Ciudad Juárez, víctimas y perpetradores“, *Estado y comunas*, Revista de políticas y problemas públicos, Bd. 1, Nr. 8, Quito 2019.

⁶ Julie Devineau, „Autour du concept de féminicide/féminicide: entretiens avec Marcela Lagarde et Montserrat Sagot“, *Problemes d'Amérique latine*, Nr. 84, Paris 2012.

⁷ „Vienna Declaration on Femicide“, Blogeintrag von Diana Russell auf ihrer Website dianarussell.com.

⁸ „El violador eres tu, Letra Completa del Himno Feminista „Un violador en tu camino“, Video, youtube.com.

⁹ „En France, un tiers des victimes de féminicides conjugaux ont été tuées par arme à feu“, *La Chronique d'Amnesty International*, 1. Dezember 2023.

¹⁰ Siehe Solenne Jouanneau, „Les femmes et les enfants d'abord? Enquête sur l'ordonnance de protection“, Paris (CNRS éditions) 2024.

¹¹ „Insécurité et délinquance en 2022“, Bilan statistique, französisches Innenministerium, 28. September 2023.

Aus dem Französischen von Claudia Steinitz

Laurène Daycard ist Journalistin und Autorin von „Nos Absentes. À l'origine des féminicides“, Paris (Points) 2024.

Mord oder Totschlag?

Limburg, Ende April 2019: Ein Auto rast auf eine Frau zu, erfasst sie und schleift sie 30 Meter weit mit. Dann hält es an, ein Mann steigt aus, holt aus dem Kofferraum eine Axt und zertrümmert der Frau den Schädel. Der Täter ist nicht irgendein Unbekannter, es ist der Noch-Ehemann der Frau. Er ertrug nicht, dass sie nicht mehr mit ihm leben wollte. Die grausamen Bilder, aufgenommen mit einer Handykamera, verstörten selbst erfahrene Polizeibeamte. Vor der Öffentlichkeit sprachen sie von einer „Beziehungstat“.

Aber dieser und unzählige andere Fälle von Gewalt gegen Frauen sind keine Familientragödien, Liebes- oder Eifersuchtsdramen, es sind Femizide, Morde und Mordversuche an Frauen, weil sie Frauen sind. In Deutschland wird fast jeden zweiten Tag eine Frau Opfer eines Femizids, in Österreich werden monatlich durchschnittlich drei Frauen von Partnern oder Ex-Partnern ermordet, in der Schweiz geschieht das alle zwei Wochen. Allein im Februar 2024 wurden in Österreich innerhalb von vier Tagen sechs Frauen Opfer männlicher Gewalt mit Todesfolge.

Dass im deutschsprachigen Raum in solchen Fällen von Femiziden gesprochen wird, ist noch nicht sehr lange so. Erst seit die Istanbul-Konvention mit der Maßgabe, Gewalt gegen Frauen einzudämmen, 2011 verabschiedet und 2018 in Deutschland ratifiziert wurde, ist Femizid ein fester Begriff geworden.

In der Schweiz ist bis heute meist von „häuslicher Gewalt“ die Rede, wenn es um ein Tötungsdelikt innerhalb der Partnerschaft geht. Der Begriff kommt weder im Schweizer Strafbuch noch im offiziellen politischen Sprachgebrauch vor. Seit dem Schweizer Frauenstreik 2019 bezeichnen feministische Kreise und linke Medien einen Mord an einer Frau verstärkt als Femizid und fordern, den Begriff ins Strafbuch aufzunehmen.

Auch im deutschen Strafrecht ist Femizid kein eigener Straftatbestand, sondern wird als Mord oder Totschlag geahndet. Die Frage, ob es sich bei der Absicht, die Frau zu töten, um Mord oder „nur“ um Totschlag handelt, ist juristisch noch nicht endgültig beantwortet. Der Unterschied liegt im Strafmaß: Das Gesetz schreibt bei Mord eine lebenslange Haftstrafe vor, bei Totschlag sind es fünf bis fünfzehn Jahre Freiheitsstrafe. Feministische Organisationen kämpfen seit Jahren darum, dass Femizid ausdrücklich im Strafrecht verankert wird.

Durch das seit 2002 geltende Gewaltschutzgesetz haben Opfer von Partnerschaftsgewalt mehr zivilrechtlichen Schutz. So kann der Täter nach einem polizeilich festgehaltenen Gewaltakt zeitweilig der gemeinsamen Wohnung verwiesen werden. Auch kann der Frau nach einer Trennung in seltenen Fällen die gemeinsame Wohnung allein überlassen werden. Seit 2016 ist Stalking, das wiederholte Verfolgen, Nachstellen und Überwachen von Personen, ein eigener Straftatbestand und kann mit Freiheitsstrafe von einem bis drei Jahren oder einer Geldstrafe geahndet werden.

In der Polizeiausbildung gehören Maßnahmen zum Schutz vor Partnerschaftsgewalt sowie bei Einsätzen, in denen häusliche Gewalt eine Rolle spielt, seit vielen Jahren regulär zum Curriculum. In größeren Polizeirevieren gibt es Beamtinnen und Beamte, die eigens für Fälle von häuslicher Gewalt zuständig sind.

Simone Schmolack

Taxi Teheran

Das iranische Kino wird weltweit gefeiert. Doch für die Filmschaffenden ist jede Produktion eine Gratwanderung

von Adrien Cluzet

Am 25. Mai erhielt der iranische Regisseur Mohammad Rasoulof beim Filmfestival in Cannes den Spezialpreis der Jury für seinen Film „Die Saat des heiligen Feigenbaums“. Rasoulof war in seinem Land mit Arbeitsverbot belegt worden, hatte 2023 im Gefängnis gesessen und lebt inzwischen im Exil in Hamburg, wo auch die Postproduktion des Films erfolgte. Deshalb kann er 2025 auch für Deutschland ins Rennen gehen um den Oscar für den besten ausländischen Film.

Bereits 2011 wurde ein iranischer Film mit einem renommierten internationalen Preis ausgezeichnet: „Nader und Simin – Eine Trennung“ von Asghar Farhadi bekam bei der Berlinale den Goldenen Bären. Entstanden war der Film noch vor der Tauwetterperiode unter Präsident Rohani (2013–2021), die auch durch das Nuklearabkommen von 2015 ermöglicht wurde und eine Reihe hervorragender iranischer Filme hervorgebracht hat: „Nahid“ von Ida Panahandeh (2015), „The Salesman“ von Asghar Farhadi (2016) und „A Man of Integrity“ (2017), ebenfalls von Mohammad Rasoulof, der damals vom Regime noch toleriert wurde.

Die meisten dieser Filme konnten damals in iranischen Kinos gezeigt werden. International wurden sie gefeiert, sowohl von der Kritik als auch von einem breiten Publikum.

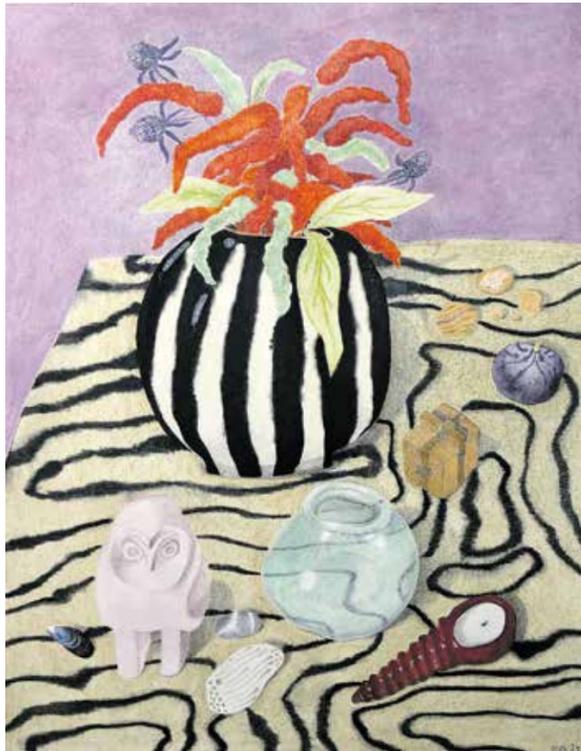
Dass der Export von Filmen durch das Regime durchaus unterstützt wurde, hatte auch damit zu tun, dass das teilweise isolierte Land gern kulturelle Strahlkraft im Ausland entfalten wollte, wie Tahseen Abdullah und Ahmed Babakr in einer Studie zur iranischen *Soft Power* schreiben.¹

Das war bereits in den 1990er und 2000er Jahren so: Erfolgreiche Filme konnten von staatlicher Förderung profitieren – wie „Kinder des Himmels“ von Majid Majidi und „In the Alleys of Love“ von Khosrow Sinai. Die Islamische Republik war also durchaus daran interessiert, dass ihre Kinoproduktion internationale Verbreitung fand.

Schon kurz nach der Revolution erklärte der Oberste Führer Ajatollah Chomeini am 1. Februar 1979 bei einer Rede auf dem Friedhof Behescht-e Zahra zwischen den Gräbern der Opfer des Shah-Regimes: „Das Kino ist eine moderne Erfindung, die man nutzen sollte, um das Volk zu bilden.“

Mitten im Volksaufstand gegen den Shah und kurz nach der Rückkehr in sein Land entwarf Chomeini bereits die Grundlagen der Kulturpolitik des neuen Regimes. Von Anbeginn verlangte die „islamische Kulturrevolution“ von allen Produktionsfirmen, dass jede einzelne Herstellungsetappe vom Ministerium für Kultur und islamische Führung (Erschad) zu genehmigen sei.

Um sicherzustellen, dass die Werke mit den Werten des Regimes übereinstimmen, legte die Zensur einen Moralkodex fest, der deutlich strenger war als der berühmte Hays-Code, dem die Hollywood-Produktionen der 1930er bis 1960er Jahre unterlagen. Explizite Liebesszenen, Intimitäten und „der



Maeve van Klaveren, *New Artifacts*, 2024, Aquarellfarben, Pastellfarben, Pastellstifte und Zeichenkohle auf Papier, 65 x 50 cm

muslimischen Moral zuwiderlaufendes Verhalten“ waren verboten, ebenso Kleidungsstücke, die die weibliche Figur betonten oder sich an westlichen Vorbildern orientierten.

Bald wurden mehrere Institutionen zur Filmförderung gegründet, deren wichtigste die Farabi Cinema Foundation war, eine öffentliche Stiftung unter der Schirmherrschaft des Erschad. Mit ihrer Unterstützung sollte „die kulturelle Aggression des Westens“ bekämpft werden und ein „islamisches Kino“ für die Massen entstehen.

Gleichzeitig strebte man nach internationaler Verbreitung, was sich aber als etwas zweiseitig erwies. Immer mehr anspruchsvolle Filme aus Iran eroberten die großen Festivals, die häufig auch iranische Regisseur:innen in ihre Jurys beriefen. Zwischen 1991 und 2022 wurden über 25 iranische Filme mit einem der vier größten westlichen Filmpreise ausgezeichnet.²

Mit ihrer einzigartigen, oft poetischen Erzählweise verschafften diese Filme dem Publikum die Illusion einer unverstellten Innenansicht auf Iran. Zu der „dokumentarischen Anmutung vieler iranischer Filme“ trage auch die bevorzugte Kameraeinstellung aus der Totalen bei, erklärt die Filmjournalistin Anke Leweke.³ Allerdings ist dieser Blick durch die Filter der iranischen Zensur – und gelegentlich auch durch eigene Vorurteile – verzerrt.

Der dieses Jahr in Cannes gefeierte Episodenfilm „Irdische Verse“ von Ali Asgari und Alireza Khatami versetzte das Publikum in ein Land, das noch stark von der im September 2022

entstandenen Bewegung „Frau, Leben, Freiheit“ geprägt war.⁴ Es gab Filme, die sogar noch kritischer waren als dieser; manche wurden eigens für diesen Mut geehrt.

Das galt auch für „Taxi Teheran“ von Jafar Panahi (2015), der ohne Genehmigung gedreht wurde. Der Regisseur durfte weder ausreisen noch in seinem Land drehen und entschied sich daher, den Alltag der Menschen in Teheran aus der Perspektive eines Taxifahrers zu dokumentieren. Der Film ist ein Zeugnis des Widerstands und der klaren politischen Haltung des Regisseurs, die ihn mehrfach ins Gefängnis gebracht hatte.

Und der Film „Doch das Böse gibt es nicht“ von Mohammad Rasoulof, der bei der Berlinale 2020 den Goldenen Bären gewann, ist eine direkte Attacke gegen die Einschränkung der Meinungsfreiheit und gegen die Todesstrafe. Der Regisseur, dessen Pass eingezogen worden war, hatte in Erwartung einer Haftstrafe zum Teil heimlich gedreht.

Zahlreiche Produktionen bewegen sich auf dem schmalen Grat zwischen der Suche nach internationaler Anerkennung und der Überwindung der Zensur. Ein Vorkämpfer für die internationale Verbreitung der iranischen Filme und Vorbild für die Filmschaffenden war Abbas Kiarostami (1940–2016). Ihm gelang in dem Jahrzehnt 1980–1990 jene Gratwanderung, indem er Menschen zeigte, die vor persönlichen Gewissensentscheidungen standen. Durch seine subtilen, aber allgemein verständlichen Film Erzählungen

lernte das internationale Publikum den kreativen und alltäglichen Iran kennen und merkte, dass manche Sorgen von den eigenen gar nicht so weit entfernt waren.

„Leila's Brothers“ von Saeed Roustayi (2022) orientierte sich an Kiarostami Meisterwerken („Close-up“, „Der Geschmack der Kirsche“, „Der Wind wird uns tragen“) und an Filmen wie „Nader und Simin“. Roustayis bitterstüßiges Familiendrama bleibt mit seinen Generationen- und Gesellschaftskonflikten im Ausland nachvollziehbar und wirft zugleich einen realistischen Blick auf den zeitgenössischen Iran. Diese – nur scheinbar einfache – Geschichte einer Familie in Finanznöten konnte gleichzeitig die Zensur überzeugen und das Publikum im Ausland für sich einnehmen.

Doch das Regime weiß um das gefährliche Potenzial solcher Erfolge. „Wir haben genug von den weltweit gelobten Autorenfilmen. Widmen Sie sich jetzt dem Publikum und machen Sie Kassenschlager!“, forderte bereits 2004 ein leitender Beamter des Erschad.⁵

Unter dem Eindruck der über die sozialen Medien weltweit bekannt gewordenen Proteste setzt das Ministerium inzwischen Kulturschaffende massiv unter Druck, wenn sie sich nicht exakt an die immer strengeren Zensurvorschriften halten. So wird die Einhaltung der „islamischen Moral“ inzwischen deutlich restriktiver interpretiert als unter Präsident Rohani.

Derzeit ist unklar, wie es mit der internationalen Verbreitung von (genehmigten) iranischen Spielfilmen weitergeht, die weder Regierungspropaganda noch echter Spiegel der Gesellschaft sind, die ihre Botschaft subtil und zugleich allgemeingültig vermitteln und damit ein – wenn auch getöntes – Fenster in den Iran bedeuten. Ebenso unklar ist, ob die im Ausland anerkannten Filmschaffenden in ihrem Land weiterleben und -arbeiten können.

In den letzten Monaten wurden nach Angaben von Amnesty International hunderte Künstlerinnen und Künstler zu Haftstrafen, Peitschenhieben und Reiseverboten verurteilt, manche sogar zum Tode, wie die Rapper Saman Seydi (Saman Yasin) und zuletzt Toomaj Salehi.⁶ Derzeit sieht es nicht so aus, als ob die Wahl des reformorientierten Präsidenten Massoud Pesechskian im Juli 2024 zu einer Aufweichung der Zensur führt.

¹ Tahseen Wsu Abdullah und Ahmed Babakr, „Soft power in Iran's foreign policy“, in: *Qalaai Zanist Scientific Journal*, Lebanese French University of Erbil, Bd. 7, Nr. 4, 2022.

² Die Goldene Palme in Cannes, den Goldenen Bären in Berlin, den Goldenen Löwen in Venedig und den Oscar für den besten Film.

³ Siehe Anke Leweke, „Kino auf vier Rädern“, in: Edition *Le Monde diplomatique* No. 27, Berlin (taz verlag) 2020.

⁴ Siehe Mitra Keyvan, „Iran – die Mauer aus Angst ist gefallen“, *LMD*, November 2024.

⁵ Im Interview mit Naser Refa'i in: Agnès Deviktor, „Politique du cinéma iranien. De l'ayatollah Khomeini au président Khatami“, Paris (CNRS Edition) 2004.

⁶ Salehis Todesurteil wurde Ende Juni aufgehoben, es soll jetzt einen neuen Prozess geben.

Aus dem Französischen von Sabine Jainski

Adrien Cluzet ist Experte für internationale Beziehungen.

Meldungen des Monats

In Mexiko wurde am 29. Oktober erneut ein Journalist umgebracht. In Uruapan im Bundesstaat Michoacán wurde der 25-jährige Reporter Mauricio Cruz Solís erschossen, der für den lokalen Sender Radiorama arbeitete, aber auch die Nachrichtenseite *Minuto x Minuto* betrieb. Getötet wurde er wenige Minuten nachdem er ein Interview mit Bürgermeister Carlos Manzo geführt und über soziale Netzwerke live übertragen hatte. Solís war auf Themen der öffentlichen Sicherheit und der Lokalpolitik spezialisiert. Es war der erste Mord an einem Journalisten seit dem Amtsantritt von Präsidentin Claudia Sheinbaum am 1. Oktober.

Im Libanon hat die israelische Luftwaffe gezielt ein von internationalen Medien genutztes Gästehaus im Dorf Hasbaya im Süden des Landes angegriffen und dabei mehrere Journalisten getötet und verletzt. Zu Tode kamen der Kameramann Ghassan Nadschar und der Sendetechniker Mohammed Reda, beide Mitarbeiter des libanesischen Senders Al-Mayadeen, dessen Zentrale in Südbeirut zwei Tage zuvor bombardiert worden war. Ebenfalls getötet wurde Wissam Qasim, Kameramann des Senders Al-Manar, der als Hisbollah-Sprachrohr gilt. In dem Gästehaus hatten insgesamt 18 Medienschaffende übernachtet, die überwiegend für arabische Medien arbeiten. Der Angriff stellt ein Kriegsverbrechen dar, wenn die israelische Armee wusste, dass sich Medienschaffende in dem Gebäude aufhielten, wofür fast alles spricht.

Am 30. Oktober wurde in Vietnam der Investigativjournalist Duong Van Thai zu zwölf Jahren Gefängnis verurteilt. Seine Berichte über korrupte Regierungsmitglieder und die riesigen Vermögen von Funktionären der herrschenden Kommunistischen Partei bewertete das Gericht als „Propaganda gegen den Staat“, was nach dem vietnamesischen Strafgesetz ein Verbrechen ist. Das Urteil ist doppelt



skandalös, weil der Journalist am 13. April aus Thailand, wohin er 2019 geflohen war, entführt wurde. Es war nicht der erste Fall einer „Repatriierung“ von Journalisten mit Hilfe thailändischer Behörden. Im Januar 2019 war Truong Duy Nhat, Korrespondent des Senders Radio Free Asia, in Bangkok gekidnappt worden; im März 2020 wurde er in Hanoi zu zehn Jahren Haft verurteilt.

Das Schicksal von drei im Juni 2024 verschwundenen Journalisten in Burkina Faso hat sich aufgeklärt. Die Regierung hatte monatelang nicht auf Fragen nach dem Verbleib von Serge Oulou, Chefredakteur der Zeitung *L'Événement*, und der TV-Kommentatoren Adama Bayala und Kalifara Séré reagiert. Jetzt erklärte sie, die drei seien nicht entführt, sondern zum Militärdienst eingezogen worden. Diese Praxis dient offensichtlich dazu, kritische Medienschaffende aus dem Verkehr zu ziehen. Über den Verbleib eines weiteren vermissten Journalisten, Alain Traoré, hat sich die Regierung nicht geäußert.

In Algerien hat Staatspräsident Abdelmadjid Tebboune den international hoch geachteten Journalisten Ihsane El Kadi begnadigt. Der Chefredakteur von *Radio M* war seit Ende Dezember 2022 in Haft und zu insgesamt sieben Jahren Gefängnis verurteilt worden. Radio M bleibt jedoch geschlossen.

Impressum

Redaktion Dorothee D'Aprile (Leitung), Anna Lerch (verantwortlich für diese Ausgabe), Katharina Döbler, Jakob Farah, Niels Kadritzke
Produktion Christiane Voß, Daniela Leupelt, Stefan Mahle, Franziska Özer, Oliver Schümers
Redaktion Comic Karoline Bofinger
Redaktion Kunst Wilhelm Werthern
Dokumentation Sigrd Deitelhoff, Almuth Müller
Verlag Deutschland taz Entwicklungs GmbH & Co. Medien KG, Friedrichstr. 21, D 10969 Berlin, ☎ +49 30 25 90 2-0, www.monde-diplomatique.de

Marketing Greta Cazzola, ☎ +49 (0) 30 25 902-331
Anzeigen Daniela Lipka, ☎ +49 (0) 30 25 902-965
dliпка@monde-diplomatique.de

Separates Abonnement Jahrespreis Inland 62,40 €, Ausland 76,80 €, ermäßigt Inland 39,60 €, ermäßigt Ausland 54 € (alle Preise inkl. Versandkosten), abo-lmd@taz.de; ☎ +49 (30) 25 902-211
A. Beig Druckerei GmbH & Co. 25421 Pinneberg
ISSN: 1434-2561

LMD Audio Download im eKiosk www.monde-diplomatique.de/pm/ekiosk/ekiosk. Einem Teil der Zeitung liegen Flyer von *Der Freitag* und *Plan International* bei.

Verlag Schweiz WOZ – Internationale Medienerzeugnisse AG, Zürich, Daniel Hackbarth | verantwortlich, Camille Roseau, Postfach: CH 8031 Zürich, ☎ +41(0) 44 448 14 14, diploabo@woz.ch, www.monde-diplomatique.ch

Inserate WOZ-IMAG, Vasco Rasi, ☎ +41(0) 44 448 14 03/23, diploinserat@woz.ch.
Mittelland Zeitungsdruck AG, Aarau *Le Monde diplomatique* liegt jeweils am zweiten Donnerstag im Monat der WOZ bei.
Separates Abonnement Jahrespreis 72 sFr. | zzgl. Versandkosten ins Ausland.

Die nächste Ausgabe erscheint mit der taz am 13. 12. 2024 und mit der WOZ am 12. 12. 2024. In Deutschland separat am Kiosk ab 12. 12. 2024.

Die deutsche Ausgabe von *Le Monde diplomatique* geht auf eine Initiative der taz Genossenschaft im Jahr 1994 zurück. Mehr über die Genossenschaft erfahren Sie unter: www.taz.de/genossenschaft